

Kamener Zeitung

Amstliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Anzeigen:
250.— Mark, bei lokalen Anzeigen 200.— Mark, bei Tages-
Anzeigen 100.— Mark. Bei Wiederholungen nach Abgabe unterer
Anzeigenbedingungen. Anzeigenpreis und Betrag der An-
zeige, 6. u. 8. in Kamen, Geschäftsstelle: Kamen,
Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Vollständig für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 18000 Mk., durch die Post laut Zei-
tungspreisliste. Falls wir in der Ausgabe od. Aufstellung
der Zeitung gehindert sind, hat der Besteller keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich:
H. G. Schubert, Kamen.

Nummer 157

Dienstag, den 10. Juli 1923

51. Jahrgang

Wichtiger Kabinettsrat in London.

Ist der Augenblick der Sonderaktion gekommen? — Am Donnerstag Erklärung im Unterhaus.
Nach Londoner Meldungen erblickt die englische Regierung in dem letzten deutschen Memorandum
eine Grundlage zu Verhandlungen. — Weitere 17 Milliarden geraubt.

England vor der Entscheidung.

London, 9. Juli.

Für heute ist eine Sitzung der Minister ein-
berufen. Allgemein wird angenommen, daß Ka-
binett heute entscheiden wird, ob der Augenblick
für die selbständige Formulierung der britischen
Politik gekommen ist. Das Augenmerk hat die Hoff-
nung auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Ent-
scheidung. Sollten Frankreich und Belgien
den diplomatischen Druck mit Berlin
herausfordern, so dürfte England Mittel 11 der
Entscheidung des Völkerbundes anrufen. Das
„Daily Chronicle“ vergleicht die Warnungsreden
der beiden Chamberlains und Heriots, welche
den Richards nachsehen, mit Lloyd Georges
Agadirrede vom Juli 1911.

Artikel 11 der Völkerbundsatzung lautet: Es
wird hierdurch ausdrücklich erklärt, daß jeder
Krieg oder jede Kriegsdrohung, möge dadurch
eins der Bundesmitglieder unmittelbar bedroht
werden oder nicht, den ganzen Bund angeht, und
daß dieser alle Maßnahmen zur wirksamen Erhal-
tung des Völkerfriedens treffen muß. In diesem
Fall hat der Generalsekretär unverzüglich auf An-
trag eines jeden der Bundesmitglieder den Rat
zu berufen. Es wird ferner erklärt, daß jedes
Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaft-
licher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesver-
sammlung oder des Rats auf jeden Umstand zu
lenken, der die internationalen Beziehungen be-
rührt und in der Folge den Frieden oder das
eine Einvernehmen unter den Nationen, von
denen der Friede abhängt, bedrohen kann.

London, 10. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Der diplomatische Redakteur des „Daily Tele-
graph“ erklärt, daß das englische Kabinett in seiner
heutigen Sitzung folgende fünf Fragen prüfen
werde:

1. Wann und in welcher Form soll auf die
deutsche Reparationsnote geantwortet werden?
2. Wie soll vorgegangen werden, um die Zah-
lungsfähigkeit Deutschlands wissen-
schaftlich durch eine internationale Sachverständigen-
kommission festzustellen?
3. Kann der englische Vertreter in der Repara-
tionskommission, Sir John Bradburn, ermächtigt
werden, von dieser Kommission zu verlangen, daß
sie eine finanzielle Auslegung des § 18 des Ver-
trages 11 zum Teil VIII des Versailler Vertrages
vornehme, auf welchen Paragraphen Frankreich sich
bekanntlich stützt, als es die Ruhrbesetzung vor-
nahm? Soll in dem Falle, wo die Reparationskom-
mission wegen der Auslegung dieses Paragraphen
zu einer einstimmigen Entscheidung kommen sollte,
der internationale Haager Schieds-
gerichtshof um eine solche Entscheidung gebeten
werden?
4. Soll der Haager Schiedsgerichtshof ferner
gebeten werden, eine Auslegung des Arti-
kels 248 des Versailler Vertrages vorzunehmen,
der den alliierten und assoziierten Regierungen
eine Generalhypothek über das gesamte
Eigentum Deutschlands verleiht?
5. Wieviel soll von den Schuldzinsen Eng-
land an Zahlungen für ihre Kriegsschulden ge-
fordert werden?

In der heutigen Sitzung des Unterhauses
fragte Kenworthy den Premierminister, ob eine
Antwort von Frankreich bereits eingegangen sei.
Macdonald fragte, ob die Regierung über die
französische Antwort eine Erklärung abgegeben in
der Lage sei, eventuell wann dies geschehen könne.
Baldwin erwiderte, die Regierung
hoffe, daß sie am Donnerstag über
diese Frage eine Erklärung abgeben
könne.

(Die Erklärung Baldwins wurde unmittelbar
vor der Sitzung des Kabinetts abgegeben.)

Drohung mit Sonderaktion.

London, 10. Juli 1923.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Montag vormittag 12 Uhr wurde unter
dem Vorsitz des ersten Ministers Baldwin eine
Sitzung des Kabinetts abgehalten, die wenigstens
zwei Stunden dauerte. Den Vätern zufolge wur-
den dabei die ausführlichen Mitteilungen des
Außenministers Lord Curzon über die Unter-
redungen, die dieser am Freitag mit den drei
Botschaftern der Verbündeten hatte, zur Kenntnis ge-
nommen. Ueber das Ergebnis der Kabinetts-
sitzung wird dem Heutigen zufolge größtes Still-
schweigen bewahrt. Man nimmt an, daß Baldwin
im Unterhaus und Lord Curzon im Oberhaus
gleichzeitig Erklärungen über die Haltung Groß-
britanniens abgeben werden. Ueber weitere Zu-

sammenkünfte mit den Botschaftern sei nichts be-
kannt. Man betont, daß im gegenwärtigen Augen-
blick so wenig wie möglich Mitteilungen gemacht
werden dürfen.

London, 10. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester
Guardian“ zufolge ist die französische Regierung
benachrichtigt worden, daß die britische Regierung
selbständige Schritte tun wolle, wenn
Frankreich nicht ohne weiteren Verzug den briti-
schen Fragebogen beantwortet. Die Gründe für
diesen Beschluß seien: erstens die verzweifelte
Lage in Deutschland und die Notwendigkeit einer
schnellen Aktion, und zweitens die Auffassung
der britischen Regierung, daß die deutsche Note
vom 7. Juni ein ehrliches Angebot darstelle, ohne
weiteren Verzug beantwortet werden und zur
Grundlage von Verhandlungen ge-
macht werden solle.

Paris will keine Zugeständnisse machen.

Die französische Regierung gegen England.

Paris, 10. Juli. (Eig. Draht.) Der
halbanthelpe „Temps“ meint bezüglich der von
der englischen Regierung angebotenen eventuel-
len Sonderaktion, die englische Regierung, an-
zuerst, aber die jetzige konservative Regie-
rung Baldwin, werde durch einen angeblichen
Zwang ein Zugeständnis von Frank-
reich zu erpressen vermögen. Das Blatt
bezeichnet weiter die Einberufung einer Kommit-
tee zur Festsetzung der deutschen Zahlungs-
fähigkeit als eine flagrant Verletzung des Fried-
ensvertrages. Alle Änderungen in den Deutsch-
land aufzuerlegenden Zahlungen könnten nur von
den in der Entschädigungskommission vertretenen
Mächten ausgehen.

Italien und die Ruhrgeuel.

Italien fordert eine internationale Ruhr-
untersuchung.

Rom, 9. Juli. Der Ministerrat beschloß,
zugunsten der in den neuen Provinzen niederge-
lassenen Deutschen die Bestimmungen über die Be-
schlagnahme des früher feindlichen Eigentums zu
mildern. Hier beobachtet man eine rege Tätig-
keit der englischen und italienischen
Diplomatie, um ein gemeinsames Ver-
gehen in der Ruhrfrage zu ermöglichen. Ein
längeres Gespräch, das der italienische Botschafter
Torreletti gestern in London mit Curzon hatte, galt
diesem Zweck. Optimisten glauben auch an eine
vorklämliche diplomatische Vermittlung. Die Be-
richte der „Times“ und das deutsche Weißbuch über
die Ruhrgeuel haben einen tiefen Eindruck in
Italien gemacht. Die „Epoca“ fordert in einem
Beitrag, durch den Heiligen Stuhl oder eine
internationale Instanz müsse eine Untersuchung
veranlaßt werden, ob die Geueleberichte wahr
seien. Treffe dies zu, so bedeutete die Sabotage
eine natürliche Reaktion des Volkes, seien
aber kein Verbrechen.

Was geht an der tschechischen Grenze vor?

Neue Grenzverletzungen der Franzosen.
(Drahtbericht.)

Dresden, 9. Juli 1923.

Der Dresdener Bürgertrat richtet an die sächsi-
sche Regierung folgende Anfrage: Am Dienstag, den
3. Juli 1923, früh 1/2 Uhr, saßen Leute zu Pferde
auf der tschechischen Seite ab und ließen die Pferde
haken. Alsdann gingen sie in voller Un-
iform mit Waffen auf die deutsche
Seite herüber, breiteten auf dem Tisch des
dort befindlichen Gasthofes Karten aus und mach-
ten Zeichnungen. Ist der Regierung bekannt,
daß derartige Vorgänge sich in letzter Zeit mehr-
fach wiederholt? Trifft es weiterhin zu,
daß in Graz Truppenansammlungen be-
obachtet worden sind? Die Bevölkerung an den
Grenzgebieten ist in Sorge, daß wir vor einer Be-
setzung französischer Truppen stehen.
(Die Meldung klingt ziemlich abenteuerlich.)

Protest gegen die Grenzsperr.

Berlin, 9. Juli. Wie der 11. von zustän-
diger Stelle mitgeteilt wird, haben die Botschafter
in London und Rom Weisung erhalten, bei der
britischen und italienischen Regierung erste Vor-
stellungen zu erheben wegen der Schwierigkeiten,
die sich aus der Grenzsperr ergeben. Ferner
wurden die Botschafter angewiesen, mit Nachdruck

gegen die Verhängung der Todesurteile des Main-
zer Kriegsgerichts am 29. Juni über 7 Deutsche
wegen angeblicher Sabotage Protest zu erheben.
Weitere Vorstellungen sind auch an anderer Stelle
gemacht worden, um die Vollstreckung der Urteile
zu verhindern.

Amstliche Warnung vor der Reise
ins besetzte Gebiet.

Berlin, 9. Juli. Auf den Randbahnhöfen
des besetzten Gebietes trifft noch täglich eine große
Zahl von Menschen ein, die nach dem besetzten
Gebiet wollen. In einer Bekanntmachung weist
die Reichsbahndirektion Essen, zur Zeit in Hamm,
darauf hin, daß eine Einreise in das besetzte Ge-
biet unmöglich und der Versuch, die Sperr zu
umgehen, mit Lebensgefahr verknüpft ist, daß fer-
ner die Randgebiete von Zurückgewiesenen über-
füllt sind. Eisenbahnerverwaltungen und Notes-
Kontrollen rufen daher dringend, auch von einer Ein-
reise in das Randgebiet abzugehen, da Unter-
suchungsmöglichkeiten in diesen überhaupt nicht mehr
vorhanden sind, Verpflegungen und Unterstü-
gungen nicht mehr gewährt werden können.

Widerlegung französischer Auslassungen.

MTB Berlin, 9. Juli. In einem Interview
mit einer großen Berliner Zeitung hat der
Reichsminister für Wiederaufbau, Albert, zu einer
Aussage des französischen Wiederaufbauminis-
ters Ribot in der Kammer Sitzung vom 5. Juli
bezüglich der deutschen Sachleistungen eingehend
Stellung genommen. Der Minister wies darauf
hin, daß der Vorwurf Ribots, die deutsche Re-
gierung habe in der Frage der Rückerstattung der
französischen Finanzminister Verschiebungspoli-
tik getrieben, bereits auf der Pariser Konferenz
erhoben worden sei. Schon damals war deutscher-
seits der Nachweis erbracht worden, daß eine
Verschiebung durch die deutsche Regierung nicht
in Frage komme. Damals sei auch bezüglich der
Stichtagslieferungen darauf hingewiesen worden,
daß die im Friedensvertrage vorgesehene
Stichtagslieferung von jährlich 30 000 Tonnen
Ammoniak noch nicht beendet wäre und daß vor
der Beendigung Frankreich kein Recht habe,
weitere Forderungen zu stellen, ferner, daß die
französische Forderung von 300 000 Tonnen, also
des Zehnfachen im Verhältnis der vorgesehenen Quan-
tums eine unverhältnißmäßige Überforderung der
deutschen Leistungsfähigkeit darstelle. Frankreich
besitzt selbst Stichtagswerte mit einer Leistungs-
fähigkeit von jährlich 350 000 Tonnen. Diese
Werke würden aber nur zum kleinen Teil betrie-
ben. Gerade dieser Punkt stelle die Sinnlosigkeit
der französischen Forderung vor aller Welt klar.
Was das Stimmverhältnis anbelangt, so handele
es sich hier um eine rein private Abma-
chung, an der die deutsche Regierung eben-
falls beteiligt sei wie die französische. Wenn im
übrigen eine Verschiebung entstanden sei, so solle
diese dem französischen Wiederaufbauministerium
zur Last, das die zur Herstellung der Baumateria-
lien erforderlichen Kosten aus den deutschen Lie-
ferungen nicht habe freigeben wollen. Ebenso
habe die französische Regierung die Vereinbarung
deutscher und französischer Bauarbeiterorganisati-
onen über die Beteiligung deutscher Arbeiter am
Wiederaufbau des zerstörten Gebietes sabotiert,
indem sie die Beschäftigung deutscher Arbeiter
nicht gestattet habe.

Vor dem Friedensschluß im Orient.

Lausanne, 9. Juli. Nach einer 3 1/2-
stündigen Nachsitzung von Sonntagabend 11 Uhr
an gab die Konferenz um 2 1/2 Uhr nachts folgende
amtliche Mitteilung aus:

Die offiziellen Sitzungen, die seit Samstag statt-
gefunden haben, führten zu einer grundsätz-
lichen Einigung zwischen den Abordnungen
der einladenden Mächte und der türkischen Abord-
nung über die drei noch zur Verhandlung stehen-
den Fragen: den Zahlungsmodus der Kupons der
ottomanischen Schuld, die Konzeptionen, die Käu-
fung Konstantinopels. Die Sachverständigen
wurden beauftragt, die hierüber vorbereiteten
Texte endgültig ins Reine zu bringen. Sie wer-
den hierauf den zuständigen Ausschüssen der Kon-
ferenz unterbreitet werden.

Dazu erzählt man noch: Die Regelung der
Kuponsfrage bleibt aus dem Vertrag fort. Die
Käuung Konstantinopels beginnt so-
fort nach Ratifizierung des Vertrags durch die
türkische Regierung und muß sechs Wochen
nach der Ratifizierung vollendet sein. Wie
man weiter erzählt, werden den Türken das
Kriegsschiff Goeben sowie die aus Kon-
stantinopel fortgeführten Waffen- und Munitions-
lager zurückgeliefert werden. Man rechnet damit,
daß der Friedensschluß in acht bis zehn
Tagen erfolgen kann.

Goldlöhne oder Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft?

Von Bernhard Otto,

Generalsekretär des Gesamtverbandes der chris-
tlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der nachstehende Artikel geht uns mit
der Bitte um Veröffentlichung zu. Einzelne
Ausführungen sind durch die Ereignisse über-
holt. Um den Zusammenhang nicht zu stören,
haben wir aber von einer Streichung abge-
sehen. Als Beitrag zur Klärung der Dis-
kussion über das Problem der wertbestän-
digen Löhne dürfte der Artikel von Interesse
sein.

Fast in jeder Zeitung, welche man zurzeit in
die Hand bekommt, wird die Frage der sogenann-
ten Goldlöhne oder eines wertbeständigeren Loh-
nes behandelt. Daß die Behandlung dieser Frage
vielfach sehr dilettantenhaft und den wirklichen
Verhältnissen wenig gerecht werdend erfolgt, sei
nur nebenbei betont. Einige Tageszeitungen
brachten es sogar fertig, den Marztag am Mo-
ntag in Verbindung mit der Forderung der Ar-
beitnehmer nach Goldlöhnen zu bringen. Kurz:
die Diskussion über diese wichtige und schwe-
rige Frage ist überall im Gange. Zu den Krei-
sen der Arbeitnehmer herrscht über die jetzigen
Lohnverhältnisse eine große Erregung. Die Arbeit-
nehmer sagen sich mit Recht: ungefähre Gruppen und
Kreise halten sich trotz der Wertentwertung schab-
los, sie lassen ihre Preise richtungslos der Geld-
entwertung an, während sich unsere Lebenshal-
tung, da wir unsere Löhne unter vielfach zu ge-
ringen Erhöhungen in einem Zeitpunkt, in dem
sie durch die Geldentwertung längst überholt sind,
ausgezahlt erhalten, andauernd verschlechtert.

Nichtbestoener ist es aber notwendig, die
ganze Frage unter dem Gesichtspunkt des wirt-
schaftlichen Möglichen und unter dem des Bil-
den zu betrachten. Mit dem Wort „Gold-
löhne“ werden verschiedene Begriffe verbunden;
Begriffe, welche sich in der Praxis nicht ver-
wirklichen lassen. In weiten Kreisen der Arbeit-
nehmer versteht man darunter Friedenslöhne,
welche durch entsprechende Aufschläge stets auf
dem Friedensstand, bezw. Friedenswert gehalten
werden. Nun dürfen wir uns aber darüber nicht
täuschen, daß wir keine Friedensverhältnisse mehr
haben. Die wirtschaftliche Basis, auf der wir
stehen, ist sehr geschwächt, und alle diejenigen
Vollschichten, welche sich vollkommen schablos
halten, schablos halten vielfach auf Kosten der
breiten Masse, bilden im Verhältnis zu den Mil-
lionen Arbeitnehmern, Sozialrentnern, Kriegs-
beschädigten usw. nur einen kleinen Bruchteil.
Man darf sich nicht darüber täu-
schen, daß die Kürzung des zu gro-
ßen und mit Recht großes Verge-
nis erregenden Einkommens dieser
Kreise durch eine Verteilung auf
die Millionen Arbeitnehmer nur
wenig auf den einzelnen ausmachen
würde.

Auch bei dieser Frage dürfen wir wiederum
nicht außer acht lassen, daß der große außen-
politische Druck, welcher auf unseren
Wirtschaftsleben liegt, eine hemmende und be-
einträchtigende Wirkung auf alle sozialen und
wirtschaftlichen Fragen im Innern unseres Lan-
des ausübt. Ebenso wie die Lohnfrage nicht
lediglich ein Verteilungsproblem, sondern vorwie-
gend ein Produktionsproblem ist, so muß sich
klar darüber sein, daß „Goldlöhne“ im 2300-
fachen veränderten Sinne Folgerungen auslösen,
welche zu untragbaren Verhältnissen — wenn-
stems im gegenwärtigen Augenblick — führen
würden. Im Hintergrund sogenannter Goldlöhne
steht die Geldrechnung. Konsequenz dieser führt
bedeutet das, daß der Staat in seinem Haus-
halt, für seine Beamten usw. sich darauf einstel-
len mußte, daß ferner in allen Dingen, wo noch
nicht in Gold gerechnet wird, dieses automatisch
sich vergrößern würde. Man denke nur einmal
an die Mieten. In Friedenszeiten mußten
die Arbeitnehmer, im allgemeinen gesehen, wenig-
stens ein Gehalt, im Durchschnitt sogar ein
Fünftel ihres Einkommens für Wohnungsmiete
ausgeben. Der Übergang zu Goldlöhnen und zur
Goldrechnung würde sich zweifellos ohne schwere
innere Erschütterungen und ohne größere Arbeits-
losigkeit nicht vollziehen können. Aus all die-
sen Gründen scheint es richtiger,
daß das Wort „Goldlöhne“ im Zu-
sammenhang mit der jetzt notwen-
digen Neuregelung der Löhne und
Gehälter ausscheidet. Wichtig be-
trachtet, ist das Wort „Goldlohn“
ein Schlagwort.

Die Situation sieht aber zurzeit so, daß etwas
geschehen muß. So geht es nicht weiter. Was
ist nun nötig bzw. möglich, um zu
wertbeständigeren Löhnen und Gehältern, bezw. zu
einer Anpassung der Löhne und Gehälter an die
gesunkene Kaufkraft zu kommen?

Sowohl die Epithelgewerkschaften unter sich,
wie auch das Reichsarbeitsministerium mit den
Epithelgewerkschaften, und umgekehrt haben be-
reits einige Besprechungen gehabt. Die Verhand-
lungen werden im Laufe dieser Tage noch weiter
fortgeführt. Aus den bisher geführten Bespre-
chungen ergibt sich bereits eine Grund-
lage, auf der jedenfalls diese unsittliche Frage
eine den Umständen noch mögliche Lösung finden
dürfte. Die Besprechungen und Verhandlungen
werden beschleunigt, weil die Angelegenheit
drängt. Mit den Arbeitgebern werden
ebenfalls Besprechungen stattfinden und es wird
von deren Verhalten wesentlich ab-
hängen, ob man ohne gefährliche Bindungen
und Verordnungen zu demjenigen kommen kann,

was mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage notwendig ist. Die Gewerkschaften aller Richtungen denken sich im großen und ganzen die Lösung der Frage so: die zukünftigen Löhne und Gehälter werden bestehen a) aus einem Grundlohn und b) aus einem beweglichen kurzfristigen Zuschlag zum Grundlohn, der jeweils auf Grund eines verbesserten Lebenshaltungsindex errechnet wird.

Der Grundlohn soll nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien, also der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, unterliegen. Wie hoch soll nun der Grundlohn sein? Derselbe wird, wie es auch jetzt der Fall ist, nicht für alle Gewerbe gleich sein können. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Gewerben sehr verschieden. Auch wird man nicht ohne weiteres eine Anlehnung an die Friedensverhältnisse zur Grundlage nehmen können, weil im Wirtschaftsleben gegenüber der Friedenszeit große Veränderungen vor sich gegangen sind; Veränderungen sowohl hinsichtlich der Stellung der einzelnen Gewerbe im Wirtschaftsleben wie auch hinsichtlich der Löhne und Gehälter im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Die Löhne zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern haben sich, im Verhältnis zur Vorkriegszeit, zum Beispiel verdoppelt. Ferner liegen Veränderungen in den Löhnen einzelner Gruppen und Gewerben vor. Einzu kommen, daß z. B. für die Angestellten die Gehaltsbemessung im Frieden fast ganz individuell gestaltet war und Tarifverträge eine Seltenheit waren. Aus all diesen Gründen kann der Grundlohn gar nicht auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden und muß nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien und notwendigenfalls auch dem gewerkschaftlichen Kampf unterliegen. Um zu einer möglichst schnellen Regelung zu kommen, wird man vorerst vielleicht ungefähr von dem gegenwärtigen Lohn als Grundlohn ausgehen, und die Gewerkschaften haben dann, entsprechend ihrer eigenen Stärke und den wirtschaftlichen Verhältnissen zu versuchen, den Grundlohn auf eine höhere Basis zu bringen.

Zu dem Grundlohn kommt, wie vorhin bereits betont, der bewegliche kurzfristige Zuschlag, der nach einem Index bemessen wird. Der bisher vielfach bei Lohnbewegungen gebrauchte Lebenshaltungsindex weist sehr große Mängel auf. Er baute auf dem Ergebnis von zwei Stichtagen im Monat auf, und seine Veröffentlichung erfolgte erst, wenn er durch die inzwischen eingetretene Entwicklung längst überholt war. Man ist nun dahin übereingekommen, wöchentlich eine Indexziffer herauszubringen. Die Mittwochs jeder Woche in etwa 15 bis 20 deutschen Städten stattfindenden Erhebungen werden telegraphisch nach Berlin dem statistischen Reichsam mitgeteilt. Letzterer stellt diese örtlichen Ermittlungen rechnerisch zusammen und der Index wird bereits am Ende der betreffenden Woche veröffentlicht. An dem Zustandekommen der Preisermittlungen in den einzelnen Orten sind die Gewerkschaften bereits beteiligt, und es ergibt sich noch die Frage, ob bei der rechnerischen Zusammenstellung im statistischen Reichsam auch die Gewerkschaften beteiligt werden sollen. Des weiteren ist beabsichtigt, diesen Wochenindex noch besser und für eine Lohnbemessung günstiger zu gestalten. Der Index beabsichtigt ist jedoch auch nicht die geringsten Kulturbedürfnisse, ebenfalls nicht Verleumdung bezw. Substanzabnutzung. Es ist beabsichtigt, nach dieser Richtung hin den Index zu verbessern, damit er nicht ganz mehr der „Index für den armen Mann“ — was er jetzt war — ist. Wenn nun allwöchentlich der Index an Hand eines verbesserten Index angezeigt und die Zufolge danach bemessen werden, ist ein sehr großer Teil der bisherigen Unbilligkeit aus der Welt geschafft. Es kommt allerdings hierbei noch ein Umstand in Frage, der nicht ganz übersehen werden darf. Auch mit diesem verbesserten kurzfristigen Index wird man nur die jeweils vorhandene Preisermittlung erfassen, nicht aber — das ist in Zeiten ständig fortwährender Selbstentwertung wichtig — die kommende Preisermittlung. Aus dem Grund bleibt noch zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Lebenshaltungsindex mit einem anderen Index zu kombinieren. Hier würde wohl nur der Großhandelsindex, welcher der Preisermittlung im Kleinhandel stets vorausgeht, in Frage kommen können. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß in Zeiten steigender Marktentwicklung der Großhandelsindex umgekehrt auch eher ein Nachlass der Preisermittlung anzeigt, als es sich im Kleinhandel praktisch auswirkt. Nach wie vor schließen nun in Zukunft die Gewerkschaften Tarifverträge ab. Die Tarifverträge könnten dann auch für eine längere Dauer, etwa für drei Monate, insbesondere für eine Zeit, während der man glaubt, der Grundlohn auf der abgeschlossenen Basis halten zu sollen, vereinbart werden. Es kommt dann in die Tarifabschlüsse die Bestimmung hinein, wie die seit der letzten Lohnzahlung auf Grund des Index errechnete Preisermittlung jeweils durch entsprechende prozentuale Aufschläge ausgeglichen wird.

Im großen und ganzen entspricht die geteilte Ansicht dem, was bei den letzten geäußerten Preisermittlungen herausgekommen ist. Ueber manche Fragen wird allerdings noch weiter beraten werden müssen. Viel hängt auch von der Stellungnahme der Arbeitgeber ab. Wenn sich die Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft etwa nicht bereit finden sollten, den veränderten Verhältnissen entsprechende Rechnung zu tragen, dann wird jedenfalls nichts anderes übrig bleiben, als durch irgendeinen gesetzlichen Akt, sei es im Wege einer Notverordnung oder sonstwie, zu bestimmen, daß die ermittelten Preisermittlungen auf Grund des Index durch angepaßte Lohnaufschläge ausgeglichen werden müssen. Auf alle Fälle ist aber ein Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ferner eine entsprechende Einstellung der Schiedsinstanzen und Schlichtungsausschüsse, insbesondere auch mit Hilfe des Arbeitsministeriums, einer gesetzlichen Auswirkung nach gar nicht ganz übersehen läßt, vorzuziehen.

Bei der Betrachtung der ganzen Dinge darf man nicht übersehen, daß diese Maßnahmen als Notmaßnahmen, welche durch die anomalen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, angesehen werden müssen. Eine Lösung der Frage auf der angegebenen Basis wird auch bedingen, daß der Staat für seine Beamten und für die Staatsarbeiter in gleicher Richtung verfahren muß und daß Maßnahmen hinsichtlich der Bemessung der Zuschläge für Erwerbstätige, Sozialrentner usw. ohne weiteres gegeben sind. Alles in allem liegen aber die Verhältnisse so, daß die jetzigen Zustände im Lohnwesen dringender einer Veränderung bedürfen. Die beteiligten Faktoren, insbesondere soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, sind bestrebt, die Frage recht bald und in einer Form, wie es den gegenwärtigen Umständen nach nur möglich ist, zu einer Lösung zu bringen.

Die Untersuchung der Mark-Katastrophe.

Die mysteriöse Schweizerische Dame.

MTB Berlin, 9. Juli.

Nach einer längeren Unterbrechung nahm der Ausschuss des Reichstages für die Untersuchung der Ursachen, die zum Zusammenbruch der Mark-Katastrophe geführt haben, heute nachmittags seine öffentlichen Vernehmungen wieder auf. Bankier Kah soll gesprächsweise geäußert haben, daß er von der Reparationskommission den Auftrag erhalten habe, große Markbeträge in Berlin zu kaufen. Der Zeuge erklärte, daß er bis heute solche Aufträge noch nicht erhalten habe. Er kenne nur eine bei der Reparationskommission tätige Schweizer Dame aus Lausanne, die von ihm zwei bis drei Mal in eigenem Namen Devisen gekauft habe. Die Beträge seien jedoch ganz minimal gewesen.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Zeuge am 12. Juni in seinem Büro erzählt haben soll, die Reparationskommission nehme große Markbeträge vor. Er selbst habe 3 Millionen zu verkaufen. Bis morgen werde der Dollar auf 100 000 gehen. Kah soll seiner Rundschau den Rat gegeben haben:

Kaufen Sie Devisen!

Der Zeuge Kah berief sich auf seinen Prokuristen Robert Cohn, der daraufhin gleichfalls als Zeuge vereidigt wurde und der erklärte, die Schweizer Dame habe bei ihrem ersten Auftrag gesagt: Wenn Sie gut bedienen, wird die Reparationskommission auch mit Ihnen arbeiten. Den vom Vorstehenden mitgeteilten Tatbestand bestritten aber beide Zeugen. Nach telefonischer Rücksprache mit seinem Büro teilte der Zeuge Cohn weiter mit, daß die betr. Dame am 13. Juni für etwa 1/2 Milliarden Mark Devisen gekauft habe. Der Zeuge habe weiter in Erfahrung gebracht, daß sie ihre Devisenkäufe meist bei der Societe generale francaise in der Moritzstraße in Berlin tätige. Als Privatsekretärin eines Herrn der Reparationskommission sei sie territorial und habe Erlaubnis zu Devisenkäufen. Damit war die Vernehmung dieser beiden Zeugen beendet.

Aus dem Ergebnis der Verhandlungen in den geschlossenen Sitzungen des Ausschusses, die seit der letzten öffentlichen Sitzung stattgefunden haben, teilte der Vorsitzende mit, daß die Verhandlungen vor allen Dingen der Frage gestolten hätten, wie groß der Devisenbedarf der Reichsbank gewesen wäre, die zur Deckung des Ausfalls an Rohlen durch den Ruhrerbruch englische und amerikanische Rohle kaufen mußte. Die Eisenbahn mußte bis zu 700 000 Tonnen englische oder ameri-

kanische Rohle kaufen, was natürlich einen außerordentlichen Devisenbedarf beanpruchte. Es habe sich aber herausgestellt, daß die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts der Reichsregierung bei dieser ganzen Transaktion nicht in wünschenswerter Weise stattgefunden habe, und daß dieses mangelnde Zusammenarbeiten auf die damalige Stützungsaktion der Mark in erschreckender Weise eingewirkt habe.

Nunmehr wurde Chefdebatteur Bernhard vereidigt und vernommen. Er ging zunächst auf den von der Firma Stinnes getätigten Einkauf der 60 000 Pfund ein und erklärte, daß dies für die Börse immerhin nicht unwesentlich gewesen sei. Er glaube aber nicht, daß auf solche einzelnen Fälle der Zusammenbruch der Stützungsaktion zurückzuführen sei. Diese konnte von vornherein nur eine verhältnismäßig kurze Zeit dauern. Um solche möglichst lange auszudehnen, hätte man das System der beweglichen Verteidigung wählen müssen, um so das Tempo der Markverschlechterung zu verlangsamen. Die von der Regierung gewählte Form der Dollaranleihe sei ein sehr ungünstiges Experiment gewesen, weil sie in Devisen einbezahlt werden mußte, später jedoch von jedermann in Mark gekauft werden konnte. Als dann äußerte sich Bernhard über die Ruhrkredite. Die technische Maßnahme der Markstützung konnte überhaupt nur Erfolg haben, wenn man gleichzeitig finanzielle und wirtschaftspolitische andere Maßnahmen traf. Statt dessen habe man aber, allerdings sehr notwendige Maßnahmen ergriffen, die im Gegenteil die Stützungsaktion totalisierend makierten. Es sei ähnlich wie beim Ausbruch des Krieges gewesen, wo man auch die Zeitdauer unterschätzte. Der Zeuge erklärte dann, er habe berechnet, daß der Dollarkurs in letzter Zeit bereits fast genau der inneren Entwicklung der Mark entspreche. Den Einwand des Ritters des Reichsadels habe er nie verstanden. Selbstredend hätten im Reichswirtschaftsrat dem Reichsbankpräsidenten niemals zugemutet, sich zu verpflichten, zu einer bestimmten Zeit Dollars zu kaufen. Diese Verpflichtung sei er aber jetzt für die Zeit der Dollaranleihe eingegangen. Es sei eine Devisenspekulation im schlimmsten Maße. Wenn das Reich seine schwachen Schulden werfendständig aufnehmen, so wäre nicht eine Mark mehr zurückzahlen, als die Reichsbank erhalten hätte.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Bernhard und dem Abgeordneten Helfferich über die Frage der Inflation wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Geldstrafe sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren und Ausweisung aus dem deutschen Reichsgebiet nach Verhängung seiner Strafe verurteilt. Beide Angeklagten Berger und die Gebrüder Gutermann wurden von der Anklage der Beihilfe freigesprochen.

Der ganz ungewöhnliche Umfang der Urteilsbegründung im Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus und Genossen hat es mit sich gebracht, daß mit der Verlesung des Urteils schließlich der ganze heutige Tag ausgefüllt wurde, und daß die Urteilsverlesung auf morgen vormittag noch festgesetzt werden muß. Aus dem Urteil ist hervorzuheben, daß das Gericht den Angeklagten als einen strupelosen politischen Feind und Verräter bezeichnet, während der in dieser Angelegenheit verurteilte gewesene Reichsrat Dr. Kühnles als ein fanatischer Separatist dargestellt ist, der zum Hochverräter am deutschen Vaterlande geworden sei. Der durch Selbstmord geendete Machhaus wird als verkommene Griffling bezeichnet.

Besonders bemerkenswert sind die Feststellungen des Urteils in Bezug auf den früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der frühere Kronprinz von der Sendung des Reichs nicht gewußt habe, und daß er also an diesen Verbrechen keine Schuld trage. Die französische Regierung war selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Persönlichkeit des Kronprinzen Rupprecht in separatistische Pläne überhaupt nicht einbezogen werden könne.

Besonders ausführlich beschäftigt sich das Urteil mit der Tätigkeit des französischen Majors Richert, eines belandenen Vertrauensmannes Poincarés, des Vorsitzenden des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, und des Generals Degoutte, des Leiters der Mission. Außer Richert waren in ganz Frankreich nur fünf maßgebende Persönlichkeiten in die bayerischen Pläne eingeweiht, darunter Poincaré und Degoutte. Es handelte sich um ein höchst offizielles Vernichtungsunternehmen der französischen Regierung im deutschen Zusammenhang mit der französischen Revolution. Die französische Rhein- und Ruhrarmee habe den Befehl erhalten, im Augenblick des Ausbruchs des Vorrats von Frankfurt bis nach Hof anzutreten. Der Hauptschuldige an diesem Vernichtungsunternehmen sei somit der französische Imperialismus, vertreten durch die französische Regierung und in dem Ministerpräsidenten Poincaré.

Kleine Nachrichten.

Die neuen Eisenbahnpreise.

6 Berlin, 9. Juli. Eine Berliner Mittagszeitung glaubt mitteilen zu können, daß die mit dem 1. August eintretende Tarifsteigerung auf der Eisenbahn 100 Prozent betragen wird.

Die Verluste des englischen Flugsports.

* London, 9. Juli. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind nach einer amtlichen Zusammenstellung des englischen Luftfahrtministeriums in England 90 Flugzeuge abgestürzt mit 106 Toten und 69 Verwundeten.

Judet freigesprochen.

(*) Paris, 10. Juli. (Draht.) Der ehemalige Direktor des „Clair“, Judet, der wegen Hochverrats angeklagt und bereits in contumacia verurteilt worden war, ist heute freigesprochen worden.

Rohlenpreiserhöhung um 50 pCt.

(*) Berlin, 10. Juli. In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurden mit Wirkung vom 9. Juli d. Js. die Kohlenpreise für die belegten Gebiete um 58,12 Proz., für die übrigen Bergbaureviere um 50 Prozent erhöht. Außerdem wurde beschlossen, den Beitrag für den Bau von Bergarbeiterwohnungen in allen Reviere um 50

Prozent zu erhöhen. Nach diesen Erhöhungen ergibt sich für je Tonne ein Verkaufspreis von 835 000 M.

Deutsch-russische Verhandlungen.

6 Berlin, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach der „Voss. Ztg.“ stehen die Verhandlungen, die gegenwärtig in Berlin über einen deutsch-russischen Konventionsvertrag geführt werden, vor dem Abschluß. Auch der deutsch-russische Getreidelieferungsvertrag hat die Zustimmung beider Parteien gefunden. Die Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag werden jedoch wahrscheinlich noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Verhandlungen zu dem Vertrag finden zurzeit in Moskau statt.

Mittritt des französischen Botschafters beim Vatikan?

6 Paris, 9. Juli. „Chicago Tribune“ berichtet die Meldung, daß der französische Botschafter beim Vatikan, Senator Jonnart, binnen kurzem zurücktreten werde.

Einigung im Berliner Streit.

6 Berlin, 9. Juli. (Eig. Draht.) Auf einen Vermittlungsschritt des Reichsarbeitsministeriums im Berliner Metallarbeiterstreik hin treten heute beide Parteien im Reichsarbeitsministerium zusammen. Angehängt dieser Tatsache hat der Streikleitung von einer weiteren Verschärfung des Streiks Abstand genommen. Die Zahl der zur Zeit Streikenden beträgt 130 000.

In den Verhandlungen wurde eine Vereinbarung erzielt, die eine schnelle Beilegung des Streiks erwarten läßt. Die Parteien wollen ihre Stellungnahme bis Dienstag abend bekanntgeben.

Stresemann über die politische Lage.

6 Berlin, 8. Juli.

Im Mittelpunkt der Tagung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei, die am Samstag und Sonntag im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfand, stand ein Referat Dr. Stresemanns über die politische Lage. Er führte dabei u. a. aus:

Wir stehen heute vor der Frage: Wie weit wird es möglich und notwendig sein, daß wir über unsere Leistungsverpflichtungen hinaus auch Garantien anbieten, die der deutschen Gesamtwirtschaft lasten? Die Frage ist nur, welche Form der Wirtschaftsgarantien gegeben werden muß. In Deutschland ist an denjenigen Kreisen, die Reichs- und Staatsanteile besitzen, die ihr ganzes Vermögen in Kriegsanleihen angelegt haben, eine Entwertung und eine Expropriation vorgenommen worden, wie sie beispiellos da steht. (Lebhafte Zustimmung.) Und wir stehen hier an den Trümmern ganzer und wertvoller Volkswirtschaften. Wenn diese Schichten so gewaltig Opfer gebracht haben — kann man dann überhaupt noch darüber debattieren, ob diejenigen Kreise, die Garantieverpflichtungen übernehmen sollen, die so glänzend gewesen sind, sich ihren Besitz zu erhalten, und die die Möglichkeit gefunden haben, ihre Hypotheken mit Papiermarkt abzutragen. Dann besteht für diejenigen, die ihren Besitz erhalten haben, die selbstverständliche Verpflichtung, jetzt vor der Front zu treten und zu sagen: Vaterland, hier sind wir, nimm unser Opfer! (Stürmische wiederholte Zustimmung.) Wir haben bei allem, was wir tun und lassen, die Erhaltung der deutschen Wirtschaft im Auge. Die Wirtschaft muß mit der Politik gehen und sie unterstützen. Wäre die Wirtschaft jenen folgen, die jetzt gegen die Politik des Reichsverbandes agieren, so könnten politische Folgen eintreten, die gerade für die Wirtschaft nicht abzuweichen sind. (Stürmische Zustimmung.) Die Wirtschaft ist eine der wenigen Kräftequellen, die wir besitzen. Sie ist für Deutschlands Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wenn wir über diese Garantieverpflichtung der Wirtschaft nicht zu einer Verständigung kommen, so ist es sehr zweifelhaft, ob wir die weitere politische Entwicklung überhaupt noch parlamentarisch in der Hand behalten können, ob nicht vielmehr der Radikalismus Gelegenheit bekommt, sich durchzusetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen unbedingt einen gesunden industriellen Mittelstand, wir brauchen den Kaufmann und den Handwerker, die selbstständig arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Gelingt es uns, den Ruhrkampf zu unseren Gunsten zu beenden, so kommt erst dann das Schwerkste. Wir müssen dann unsere Handelsbilanz ins Gleichgewicht bringen. Wir müssen unsere inneren Einnahmen und Reparationsleistungen übernehmen. Das alles wird nicht gehen, ohne daß wir eine Produktionssteigerung durchsetzen. Aber dann wird auch auf der andern Seite der Beschäftigung anders steuerlich belastet werden müssen, als es bisher geschehen ist. Man wird dann nicht davor zurücktreten dürfen, besonders den Vermögenszuwachs zu befeuern, der während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege erworben worden ist. Dieser Zuwachs, der in den Opfer- und Glanzjahren des deutschen Volkes erworben worden ist, muß in erster Linie für das Reich herangezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Preussischer Landtag.

MTB Berlin, 9. Juli.

Im preussischen Landtag wurde heute der Einspruch des Staatsrates gegen das Tuberkulosegesetz abgelehnt und die Vorlage in der am 19. April vom Landtag beschlossenen Form endgültig verabschiedet. Es kam hierbei zum erstenmal die neue Geschäftsordnung des Landtages in Anwendung, die vorseht, daß über Vorlagen gegen die Staatsrat Einspruch erhoben hat, nur im ganzen die Abstimmung wiederholt wird. Und Änderungsanträge nicht mehr gestellt werden können. Das Haus erledigte im übrigen eine große Reihe kleinerer Vorlagen. Es wurde für den Ausbau des Erz- und der Eisentalen am neuen Binnenhafen in Minden 160 Millionen und zur Unterhaltung und zum Ausbau des Sietlinger Sees 33 Millionen bewilligt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde das Anleihen Gesetz zur Bereitstellung von Mitteln für Kleinwohnungen angenommen. Verabschiedet wurde ferner u. a. der Entwurf über die Beteiligung des preussischen Staates an den Aktiengesellschaften, sowie die Vorlage über die endgültige Abgrenzung der Provinzen Nieder- und Oberhessen.

Nächste Sitzung Dienstag 12. Mr.

Die Lage im Einbruchgebiet.

Andauernde Besetzung der Essener Reichsbank.

MTB Essen, 9. Juli. Die Franzosen halten noch immer die Reichsbank besetzt, da es ihnen trotz aller Versuche nicht gelungen ist, den Tresor der Reichsbank zu öffnen. Der von den Franzosen requirierte Inhaber einer Essener Geldschrankfabrik weigerte sich entschieden, die Versuche vorzunehmen. Die Franzosen sollen beabsichtigen, eine Reihe von Geldschrankbesatzungen aus Paris kommen zu lassen, um den Tresor zu öffnen.

Geiselhüge.

Bergewaltigung deutscher Bürger.

X Düsseldorf, 9. Juli. Die hiesige belgische Besatzungsbehörde hat die vor einigen Tagen ausgesprochene unerhörte Drohung wahrgemacht und jetzt angeordnet, daß in jedem Personenzug, der auf der Strecke der französisch-belgischen Grenze von Ruhr bis Oberhausen fährt, 50 Deutsche als Geiseln mitführen müssen. Die ersten 50 Geiseln sind am gestrigen Sonntag mit dem französischen Zug mitgeführt worden. Es werden meist den besten Kreisen der Bürgerschaft angehörige Persönlichkeiten. Für jeden Zug sind 50 neue Geiseln bestimmt, die mit den Zügen fahren müssen.

Französische Frontoffiziere gegen Degoutte.

(*) Berlin, 9. Juli. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß sich in den Kreisen des französischen Offizierskorps eine Protestbewegung gegen die jenen bekannt gewordene Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an den kommandierenden General der Rheinarmee Degoutte vorbereite. Es soll sich um eine Protestaktion der ehemaligen Frontoffiziere handeln.

Kaufzug in die Thyffenschen Werte.

7 Alfeld, 10. Juli. (Eig. Draht.) Gestern vormittag wurden Teile der Thyffenschen Werte besetzt. Auch die Friedrich-Wilhelm-Gürtel wurde gestern morgen besetzt; die feineren zum aufgerissenen Schienen auf der Güte wurden zum Abtransport der Rohlen usw. wieder hergestellt.

Belgischer Ueberfall auf ein Gasthaus.

> Münster, 9. Juli. In Dorsten überfiel eine starke belgische Patrouille am 7. 7. abends aus unbekannten Gründen ein von ca. 130 Personen besetztes Gasthaus und schloß rassistisch in die Menge. Hierbei wurden vier Personen schwer und eine große Anzahl leicht verletzt bzw. schwer mißhandelt.

Neuer Milliardenraub.

+ Paris, 10. Juli. Wie Savas meldet, wurde in der Nacht vom 7. Juli in Maximiliansau bei Ludwigshafen wieder ein Geldtransport von 17 Milliarden von den Franzosen beschlagnahmt. Es handelt sich um Rohngelder für die deutschen Eisenbahnen.

Nach einer anderen Meldung soll es sich um 30 Milliarden handeln.

Das Urteil im Hochverratsprozeß Fuchs.

MTB München, 9. Juli. Das Münchener Volksgericht fällte heute vormittag im Hochverratsprozeß Fuchs folgendes Urteil: Professor Georg Fuchs wird wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft sowie 2 Millionen Mark Geldstrafe und Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Kaufmann Johann Munt, Hochverratsangehöriger, wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus und 30 Millionen M.

* Reichsminister durch den öffentlichen mit 6 und Reichsflaggen beim Umrückschiff wird.

* Inland: Der Reichsminister durch den öffentlichen mit 6 und Reichsflaggen beim Umrückschiff wird.

* Billig: Der Reichsminister durch den öffentlichen mit 6 und Reichsflaggen beim Umrückschiff wird.

* Ein: Der Reichsminister durch den öffentlichen mit 6 und Reichsflaggen beim Umrückschiff wird.

* I Werne, 10 d. d. i. m. Tag gegen ein Dietz. Ein angebl. aus Beidenheim Anrenpfelung nicht festlen bot. Hieraus bei der Wirt, Luft befördert gen wurde. befristet und schlagen. In ten stender in beamer zur dem er sich aumung des Antwort, die Schupbeante die Gäfte um und verjuchte mit Stühlen, einzubringen. in der Innen sch seiner Wirt der Beamte, tigt wird, in den, der sofort drei Schiffe drol sodann Verleuten. Die hofft auch die fand man ein mittelung mit über unsern machen.

* Baufen: Nachdem wir unseres Vor beschlagnahm bringung von ordnet war. et heute nach gar nach Gu für jeden G wäre Wirklich eine solche D gut es ang, gwiejen u wirtschaft der mit ihren S Vaterlandes worden ware junger Mann noch unterge fogenannten ein derartiger mer dienste, fe unbewohnbar rung. Bahre hat man der Vertiebene Mann diesen her kommt e mit der Um bacht wurden vier Leute, ob sind und nod len könnten? daß da mit e ten würde.

* Wiede: Fortbau des eine etwas mit unheiml ratiwa gworfen, E

Stadtverordnetensitzung.

Kamen, 10. Juli. Gestern nachmittag fand in der Aula eine Sitzung der Stadtverordneten unter Vorsitz des Herrn Direktors Hühmann statt. Anwesend waren 27 Mitglieder des Kollegiums, vom Magistrat die Herren Beigeordneter Siegler und Stadtrat Dr. Die 43 Punkte umfassende Tagesordnung wurde der Hitze wegen nur bis zur Hälfte erledigt, über den Rest wird eine Versammlung am Montag nachmittag beschlossen. Fast sämtliche Beratungsgegenstände standen mehr oder weniger unter dem Zeichen der Marktentwertung und mußten hiernach und unter Berücksichtigung der fraglichen finanziellen Weiterentwicklung gewertet werden. Abgesehen von dem Punkte „Ausweisung der Bürgermeisterstelle“, für den sich eine Zweidrittelmehrheit nicht fand und daher im Gegensatz zur letzten Sitzung Ablehnung erfuhr, gab es größere Debatten nicht.

Nach einem Magistratsbeschlusse sollen die Gebühren für die Bibliothek und Lesesäle erhöht werden. Eine Leserkarte kostet jetzt 200 Mark je Vierteljahr, Wohngebühren betragen 50, 100, 200 Mark, als Hinterlegungsgebühr soll bis 20 000 Mark genommen werden usw. Ein Schüler, der bei der Ausgabe behilflich ist, soll fortan 5000 Mark monatlich erhalten. Die Stadtverordneten stimmten der Vorlage zu.

Der Bibliothekar Herr Tüfelmann erhielt bisher jährlich 3000 Mark. Auf Antrag beschließt der Magistrat Erhöhung dieses Salaries und zwar sollen ab 1. 4. 23 2 Proz. des Anfangsgehaltes der Gruppe 7 gezahlt werden. (d. i. gegenwärtig 11000 Mark monatlich.) Herr Strelinski ist für Streichung dieser Stelle, da Herr Küberg die Arbeit allein leisten könne, auch Herr Kupper schlag ist für Vereinfachung des Apparates. Herr Müller vertritt die gegenteilige Ansicht und Herr Jacobi betont, daß die 11000 Mark eine Bagatelle seien gegenüber den andern Ausgaben. Die Magistratsvorlage wurde darauf abgelehnt.

Genehmigt wurde darauf der Haushaltsplan der Volksbildungskasse, der in Einnahme und Ausgabe mit 3951 000 Mark abschließt. Der städtische Zuschuß beträgt 2524 000 Mark. (31900 im Vorjahre).

Der Erhöhung der Berufsschulbeiträge wurde wie folgt zugestimmt: bei Schülern von Gewerbetreibenden 3. Gewerbesteuerklasse 4000 Mark, 2. 7000 Mark, 1. 10000 Mark. Gewerbesteuerklasse 4 fällt ganz fort, dagegen sollen die freien Berufe nach Klasse 2 Schulgeld bezahlen. Freiwillige Schüler zahlen je Jahreswochenstunde 1500 Mark, auswärtige 2000 Mark.

Genehmigt wurden weiter der Haushaltsplan der Berufsschule mit 8 100 000 Mark in Einnahme und Ausgabe. Der städtische Zuschuß beträgt 1530 000 Mark. (33 000 Mark im Vorjahre.) Herr Kupper schlägt empfiehlt dem Magistrat die Zusammenlegung von Klassen wegen der kleinen Schülerzahl in einzelnen Schulklassen.

Der Haushaltsplan der Schulverbandskasse schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 155 000 000 Mark. (1594 000 Mark), der städtische Zuschuß beträgt 99 000 000 Mark, (im Vorjahre 1400 000 Mark). Auch dieser Plan fand glatte Genehmigung, ebenso derjenige der hsh. Mädchenschule mit 41,7 Millionen (269 000) in Einnahme und Ausgabe. Der städtische Zuschuß beträgt hier 34,5 Millionen (115 000). An Schulgeld sollen ab 1. 7. 23 60 000 Mark für einheimische und 75 000 Mark für auswärtige Schüler erhoben werden. Das erhöhte Schulgeld wurde gleichfalls genehmigt.

Die Erhebung der Kommunalsteuern sollte nach einem früheren Beschlusse nach dem Plane von 1922 stattfinden. Um die städtischen Finanzen aufzubessern, wurde eine beschleunigte Einziehung vom Magistrat empfohlen. Das 2. Quartal 23 soll nach gestrigem Beschlusse im Juli und das 3. und 4. Quartal im August erhoben werden.

Der Kontokorrentkredit der Stadtkasse bei der Sparkasse wurde von 40 Millionen auf

120 Millionen erhöht. Ein weitergehender Antrag Strelinski fand nicht genügende Unterstützung.

Einverstanden waren die Stadtverordneten mit der Aufhebung der Grundsteuerordnung nach dem gemeinen Wert, weil der Staat jetzt eine solche erhebt und die Stadt davon prozentuale Zuschläge erheben kann.

Die Betriebszuschüsse für Nachbargemeinden für Schulklassen solcher Kinder, deren Väter in Kamen arbeiten und wofür Kamen Kopfsteuer erhebt, betragen je Kind 900 Mark. So hat Kamen an Methler 33 300,— Mark, an Westfäl 28 800,— Mark und an Südkamen 19 800,— Mark zu zahlen. Dieser Vorlage wurde zugestimmt.

Für 1900 Mark Wertpapiere (preussische Konfols und weisse Pfandbriefe) besitzt die Stadt. Der Verkauf wurde beschloffen.

Eine 50fache Erhöhung der Pauschale nach §§ 15 b u. e der Vergütungssteuerordnung wurde weiter beschloffen.

Zugestimmt wurde dem Antrag der Stadt Hamm auf erhöhten Zuschuß zu den Nahrungsmittelunterstützungen in Höhe von 150 000 Mark für 1922 und 640 000 Mark für 1923.

Bei der Festsetzung der Kosten für Fäkalienabfuhr brachte der Magistrat den Vorschlag, dem Fuhrunternehmer Grevel die Abfuhr nach Stundenlohn zu berechnen. Die Stadtverordneten hielten einen festen Preis für zweckmäßiger, der Magistrat soll dieserhalb mit Grevel in Verbindung treten.

Das Marktstandsgeld wurde um das 10fache erhöht, wobei jede Zahl auf volle Hundert nach oben abgerundet werden soll. Demnach kostet z. B. ein Korb 100 Mark, ein Handwagen 200 Mark usw.

An dem Kochschulunterricht, der auf Veranlassung der Bege Monopol im Wohlfahrtsgebäude gegeben wird, nehmen auch Nichtberufsmannskinder teil. Für diese bezahlt die Stadt bisher eine Vergütung von 200 Mark monatlich.

Die Bege wünscht daher eine anteilmäßige Unterstützung beim Gehalt der Lehrkräfte, während die Kosten für Licht, Heizung und Instandhaltung des Gebäudes selbst trägt. Nach den Aprilsagen beträgt der Stadtschulz 89 000 Mark und nach den Maissagen 170 000 Mark. Ohne Debatte wurde dem Antrage zugestimmt.

Genehmigung fand ferner der Bauantrag der Bergmannsiedlung Hamm, der sich auf den Ausbau der Straßen, der Gas- und Lichtanlage in der Siedlung an der Ummarsstraße bezieht.

(Fortsetzung folgt).

Kokales u. Provinzielles

Kamen, 10. Juli. Für die allgemeine Kriegerehrung gingen von K. M. 100 000 Mark ein.

Deutsches Turnfest München. Der Sonderzug, der die Besucher vom Hellweg-Märktchen nach München bringt, fährt Donnerstags, abends 7 Uhr, von Soest ab. Die Festteilnehmer des Turnvereins zu Kamen fahren um 3 1/2 Uhr nach Hamm. Am Mittwoch kann abends in der Versammlung bei Wwe. Jordan das Fahrgeld bezahlt werden (110 000 Mark). Wer bis Mittwoch abends nicht bezahlt hat, kann keine Fahrpreisermäßigung bekommen. In der Versammlung findet auch Verteilung der Quartier- und Festkarten, sowie Auflösung der Reisefasse und Verteilung der Vereinsabzeichen statt. Jeder Festteilnehmer muß daher am Mittwoch erscheinen.

Taschendiebstahl. Am Sonntag, den 8. Juli, versuchte ein hiesiger Bergmann, auf dem Edelriedhof, auf dem ein Teil des Dortmunder Vergnügungsparks aufgestellt ist, einem auswärtigen Arbeiter die Brieftasche aus der Brusttasche zu entwinden. Der Taschendiebstahl gelang nicht. Der Täter konnte zur Anzeige gebracht werden.

Nachruf.

Sonntag, den 8. Juli, starb der Ehrenvorsitzende unseres Vereins,

**Herr Geh. Sanitäts-Rat
Dr. Lenzmann.**

Er war Mitgründer und eigentlich der geistige Urheber des Musikvereins. Lange Jahre hindurch hat er als 2. Vorsitzender mit großer Treue, mit Umsicht und Tatkraft den Verein mit geleitet und gefördert. Seine markante Persönlichkeit wird uns stets unvergessen bleiben.

Kamener Musikverein.

2125

Nachruf.

Am 8. d. M. verschied nach kurzem Kranklager der Ehren-Vorsitzende unseres Berufsvereins

**Herr Geh. Sanitäts-Rat
Dr. Lenzmann.**

Es ist dem Entschlafenen vergönnt gewesen, in den Sielen zu sterben. Ein Leben kraftvoller Pflichterfüllung, reich an aufopfernder Arbeit, an Wirkung und Erfolg, ist zu Ende gegangen. Wir werden das Andenken an den hochverehrten Kollegen, den Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden unseres Vereins, stets in Ehren halten.

**Berufsverein der Aerzte
des Landkreises Hamm.**

2126

Mädels und Jungens
über 14 Jahre, die Ihre Interesse für einen guten Volksstanz haben, kommt am Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr ins Stadtheim am Kirchplatz (frühere Volksbibliothek) es soll eine zwanglose
Volksstanzgemeinschaft
u. v. gebildet werden. 2116

Deutsches Turnfest München.

Abfahrt am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr nach Hamm. Bezahlung des Fahrpreises am Mittwoch bei Ww. Jordan.
2113 Turn-Verein zu Kamen.

Versteigerung.

Am Donnerstag, den 12. Juli 1923, vormittags 9 Uhr werde ich für Herrn E. Goselewitz in Kamen, Oststraße 27/28 (Eingang Nordstraße durch die Sackgasse) wegen Aufgabe seines Gemäls- und Landbesitzes-Geschäftes folgende Sachen meistbietend versteigern:

Thete, Regale, Schanzenstufen, Sackloz, div. Dezimal- u. Marktwagen mit Gewicht und Gewichtsläusen, ca. 500 gute und gebrauchte Säde aus Zute und Papier, gr. Planen, 5 Paar Düten, ca. 200 Gewebsstücke, einige Handert

große und kleine Heidelbeer- und Korb-, sowie harte Kirschen- und Spannschwingen mit Deckel, ca. 70 Verschluss- listen mit Chanieren, 2 eif. und 1 halbe Marktblende, div. Fässer, 1 Glaswagen mit Aufsatzboden (ca. 35 Ztr. tragend), 1 Handlaxe (15 Ztr. trag.), ein 4zöll. Wagen, ein 2 1/2 zöll. Wagen, 1 H. Kohlenwagen, 1 Weingarten, 1 Gie, div. Geschirre, Ketten und Halstern,

ferner:
1 großen weißen Kühenherd (gut erhalten), 2 Füllhöfen, 1 Viehhopf, 1 Eif, 1 Küchenschrank, 1 eif. Bettstelle mit Strohhaf, sowie div. andere Gegenstände.

J. Ebbers,
beerdigter Auktionator
Kamen, Bahnhofstraße.
2108 Fernruf 32.

Mobiliar- etc. Verkauf Kamen.

Donnerstag, den 12. d. M., morgens 8 1/2 Uhr, verkaufe Unterzeichnete für Herrn E. Goselewitz hier, Kirchplatz 6, folgende Gegenstände, als:
1 Tisch, 1 Spiegel, 1 Waschk., 1 Nachtk., 1 Blumen-
mentisch, 1 Blumen-
2110

Notenständer, 1 Klavierstuhl, 1 Sofa, 1 Zetteltisch, 2 große porzell. Fleischschüsseln, 12 porzell. Teller, 1 große Reisekoff., 1 Reise-, 1 Handkoffer, 1 Eimer, 1 Blumen-, 1 Blumentopf, 3 Petroleumlampen, ferner 1 große eif. Waschk., 1 eif. Weinregal, 1 Gasofen, sowie ca. 60 Flurplatten u. 1 Partie Brennholz

Öffentlich meistbietend gegen Vorkauf.

Kamen.
Reinhard, Serdis, Aukt.

2 Angora-Kaninchen

zu verkaufen. 2123

Bahnhofstr. 22 a.

Ein guterhaltener

Gehrock

zu verkaufen. 2114

Wo, sagt die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Suche für sofort ein tüchtiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahre bei hohem Lohn und guter Behandlung. 2110

Wegen Verheiratung d. jetzigen, für sofort ein ordentliches braves

Mädchen

mit guten Zeugnissen gesucht.

2121 Schulte,

Mühle Hufen-Kurl.

Öffentliches

Mädchen

für sof. gef. Dajelst ein kräftiger

Lehrling gesucht

Bäckerei und Konditorei

Anton Hilger, Niederaden.

Behilfin

gesucht.

Gran Niesinger, 2107

Damen Schneider, Ummarsstraße.

Wir suchen per sofort oder

1. August eine tüchtige jüngere

Kontoristin

mit guter Schulbildung.

Wallach & Co., K. G.

KAMEN.

2109

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 138 bei der Firma Engelbert Goselewitz in Kamen heute eingetragen: Die Firma ist

erloschen. 2120

Kamen, den 7. Juli 1923.

Der Amtsgericht

Öffentliches

Mädchen

für sof. gef. Dajelst ein kräftiger

Lehrling gesucht

Bäckerei und Konditorei

Anton Hilger, Niederaden.

Behilfin

gesucht.

Gran Niesinger, 2107

Damen Schneider, Ummarsstraße.

Wir suchen per sofort oder

1. August eine tüchtige jüngere

Kontoristin

mit guter Schulbildung.

Wallach & Co., K. G.

KAMEN.

2109

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 138 bei der Firma Engelbert Goselewitz in Kamen heute eingetragen: Die Firma ist

erloschen. 2120

Kamen, den 7. Juli 1923.

Der Amtsgericht

Krieger- und Landwehrverein Kamen.

Zur Beerdigung unseres Kameraden 2118

Geheimrat Lenzmann

treten die Mitglieder am Mittwoch, den 11. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im Schützenhof an. Der Vorstand.

Turnklub Einigkeit Kamen.

Vom 11. 7. 23 finden die

Turnstunden

jeden Mittwoch u. Samstag abends von 9 — 11 Uhr im Vereinslokal statt. 2115

Der 1. Turnwart.

Sänger-Vereinigung Kamen.

Mittwoch abends 8 Uhr

General-Versammlung.

(Gefangstunde von 7 — 8 Uhr.)

2111 Der Vorstand.

Zuverlässiges

Mädchen

vertraut mit Küche und allen Hausarbeiten, mit guten Zeugnissen, bei hohem Gehalt gesucht.

Gran Käte Levy,

Königsstraße 3 (Hotel Bergheim).

Bekanntmachung.

Am 11. Juli d. J. tritt eine

Erhöhung der Fahrpreise und Monatskarten ein.

2117

Kleinbahn

Unna-Kamen-Werne.

Das Bleichen u. Betreten der

Reinhard'schen Wiese (Schützenhof) wird hiermit nochmals streng-

stens untersagt. 2121

Der Pächter: Jos. Mich.

Die g

werd

Die Ding